



Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 und Lagebericht

BESTÄTIGUNGSVERMERK

Roche Diagnostics Deutschland GmbH
Mannheim

Bilanz der Roche Diagnostics Deutschland GmbH zum 31.12.2023

Aktiva	31.12.2023		31.12.2022	
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		173		78
II. Sachanlagen				
1. Technische Anlagen und Maschinen	525		612	
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	156.478		159.490	
3. Geleistete Anzahlungen	54	157.057	778	160.880
Summe Anlagevermögen		157.230		160.958
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
Waren		8.606		6.516
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	91.895		106.635	
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	287.435		324.351	
3. Sonstige Vermögensgegenstände	2.907	382.237	3.840	434.826
III. Kassenbestand		9		15
Summe Umlaufvermögen		390.852		441.357
C. Rechnungsabgrenzungsposten		889		1.860
Summe Aktiva		548.971		604.175

Gewinn- und Verlustrechnung der Roche Diagnostics Deutschland GmbH für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023

	2023		2022	
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
1. Umsatzerlöse		817.945		1.159.154
2. Sonstige betriebliche Erträge		4.843		6.561
3. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für bezogene Waren	-489.173		-731.868	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-32	-489.205	0	-731.868
4. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	-102.127		-101.682	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-18.957	-121.084	-42.747	-144.429
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-64.029		-64.012
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-76.909		-74.672
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		7.129		1.003
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-5.177		-5.081
9. Ergebnis nach Steuern		73.513		146.655
10. Sonstige Steuern		-617		-603
11. Auf Grund eines Ergebnisabführungsvertrages abgeführte Gewinne		-72.896		-146.052
12. Jahresergebnis		0		0

Anhang der Roche Diagnostics Deutschland GmbH für das Geschäftsjahr 2023

Allgemeine Informationen

Die Roche Deutschland Holding GmbH, Grenzach-Wyhlen, ist das inländische Mutterunternehmen der Gesellschaft Roche Diagnostics Deutschland GmbH. Mit dem Mutterunternehmen besteht ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag.

Die Roche Diagnostics Deutschland GmbH (RDD) ist in den Konzernabschluss des obersten Mutterunternehmens, der Roche Holding AG, Basel/Schweiz, die den Konzernabschluss für den größten und kleinsten Kreis von Unternehmen aufstellt, einbezogen. Es ist beabsichtigt, den Konzernabschluss des obersten Mutterunternehmens einschließlich des Bestätigungsvermerks in deutscher Sprache im Unternehmensregister bekannt zu machen. Dieser Konzernabschluss ist nach internationalen Rechnungslegungsnormen (IFRS) erstellt.

Wie im Vorjahr wird der Jahresabschluss nach den deutschen handelsrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften und dem GmbHG aufgestellt.

Die Firma mit Sitz in Mannheim wird im Handelsregister B des Amtsgerichtes Mannheim unter der Nummer HRB 708167 geführt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Immaterielle Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten bewertet und werden planmäßig über eine Nutzungsdauer von drei Jahren linear abgeschrieben.

Sachanlagen sind mit den Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen bewertet. Außerplanmäßige Abschreibungen werden vorgenommen, wenn der Ansatz mit einem niedrigeren Wert erforderlich ist.

Für Anlagegegenstände, die innerhalb des Geschäftsjahres zugegangen sind, wird der Monatsanteilige lineare Abschreibungssatz angewendet. Für bewegliche Güter des Sachanlagevermögens wird von einer Regelnutzungsdauer von drei bis zehn Jahren ausgegangen.

Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis 250 EUR werden im Jahr des Zugangs als Sofortaufwand erfasst. Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten von mehr als 250 EUR bis 1.000 EUR werden in einen Sammelposten eingestellt und einheitlich über fünf Jahre abgeschrieben.

Handelswaren sind grundsätzlich zu durchschnittlichen Einstandspreisen unter Beachtung des Niederstwertprinzips bewertet. Für die in den Beständen enthaltenen Risiken werden darüber hinaus besondere Wertabschläge vorgenommen.

Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände und flüssige Mittel werden zu Nominalwerten bilanziert und unter Berücksichtigung aller erkennbaren Risiken bewertet. Dabei werden,

soweit erforderlich, Einzelwertberichtigungen und Pauschalwertberichtigungen für das allgemeine Kreditrisiko vorgenommen.

Forderungen gegen und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen betreffen alle Unternehmen, an denen die Roche Holding AG, Basel/Schweiz, direkt oder indirekt eine Mehrheitsbeteiligung hält.

Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten in fremder Währung werden gemäß § 256a HGB bewertet.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten sind für Ausgaben vor dem Abschlussstichtag gebildet, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach dem Stichtag darstellen.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden unter Berücksichtigung der „Richttafeln 2018 G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck gebildet. Die Bewertung erfolgt nach der Projected-Unit-Credit-Methode (PUC-Methode). Es wird von dem Wahlrecht zur pauschalen Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der letzten zehn Jahre für eine Restlaufzeit von fünfzehn Jahren für alle Altersversorgungsverpflichtungen Gebrauch gemacht. Hierbei wurden in Anlehnung an den von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten Zinssatz ein Rechnungszinsfuß von 1,83 %, eine Lohn- und Gehaltssteigerung von 2,54 % sowie ein Rententrend von 2,00 % für geschlossene Versorgungsordnungen und 1,00 % für die aktuelle Versorgungsordnung verwendet.

Der Unterschiedsbetrag als Differenz aus dem Ansatz der Rückstellung, abgezinst mit dem durchschnittlichen Marktzins der vergangenen zehn Geschäftsjahre, und dem Ansatz der Rückstellung, abgezinst mit dem durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Geschäftsjahre gemäß § 253 Abs. 6 HGB, beträgt 3.561 TEUR.

Sonstige Rückstellungen sind nach den Grundsätzen vernünftiger kaufmännischer Beurteilung ermittelt. Diese berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Die Bewertung der sonstigen Rückstellungen erfolgt in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags unter zwingender Einbeziehung zukünftiger Preis- und Kostensteigerungen.

Rückstellungen für Altersteilzeit werden für bereits abgeschlossene und zum Bilanzstichtag fest vereinbarte Altersteilzeitverträge gebildet. Sie enthalten Aufstockungsbeträge und bis zum Bilanzstichtag aufgelaufene Erfüllungsverpflichtungen der Gesellschaft. Die Verpflichtungen wurden mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst.

Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem der Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst.

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten sind für Einnahmen vor dem Abschlussstichtag gebildet, soweit sie Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

Aufgrund einer bestehenden ertragsteuerlichen Organschaft werden bei der Gesellschaft als Organgesellschaft keine latenten Steuern ausgewiesen.

Bilanz

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist Bestandteil des Anhangs.

Der Zugang bei den immateriellen Vermögensgegenständen betrifft erworbene Software.

Die Zugänge der Betriebs- und Geschäftsausstattung enthalten geringwertige Wirtschaftsgüter i. H. v. 1.995 TEUR (Vorjahr: 2.354 TEUR).

In den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr i. H. v. 634 TEUR (Vorjahr: 1.484 TEUR) enthalten. Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen aus Lieferungen und Leistungen i. H. v. 7.179 TEUR (Vorjahr: 4.549 TEUR) und die sonstigen Vermögensgegenstände sind ausschließlich innerhalb eines Jahres fällig. Forderungen gegen den Gesellschafter bestehen i. H. v. 280.256 TEUR (Vorjahr: 319.803 TEUR) mit einer Restlaufzeit von kleiner einem Jahr. Dabei handelt es sich ausschließlich, analog zum Vorjahr, um Forderungen aus Cashpool.

Das Deckungsvermögen der Versorgungsordnung 2007 besteht aus Fondsanteilen, die aus Einzahlungen in den Roche Pensionstreuhand e.V. zur Finanzierung der Zusagen resultieren. Die Wertpapiere wurden zum Bilanzstichtag gemäß § 246 Abs. 2 HGB mit den korrespondierenden Rückstellungen verrechnet. Der beizulegende Zeitwert des Deckungsvermögens beträgt 36.785 TEUR (Vorjahr: 27.451 TEUR) mit Anschaffungskosten von 35.408 TEUR (Vorjahr: 30.394 TEUR). Der Erfüllungsbetrag der entsprechenden Rückstellung für Pensionsverpflichtungen beträgt 36.785 TEUR (Vorjahr: 27.451 TEUR). In diesem Zusammenhang sind Erträge in Höhe von 3.881 TEUR (Vorjahr: 3.724 TEUR) sowie Aufwendungen in Höhe von 3.875 TEUR (Vorjahr: 4.242 TEUR) innerhalb des Finanzergebnisses verrechnet worden.

Zur Finanzierung der Langzeitkonten der Mitarbeitenden werden Rückdeckungsversicherungen mit den fortgeführten Anschaffungskosten bzw. Zeitwerten von 43.266 TEUR (Vorjahr: 37.730 TEUR) gehalten. Diese sind nach § 246 Abs. 2 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 1 HGB mit der Verpflichtung in gleicher Höhe saldiert. In diesem Zusammenhang sind Einzahlungen von 9.178 TEUR und Auszahlungen von 4.143 TEUR bzw. Zinserträge und Verwaltungsaufwendungen i. H. v. 501 TEUR (Vorjahr: 461 TEUR Zinsaufwand saldiert mit Verwaltungskosten) verrechnet.

Zur Ausschüttung gesperrte Beträge im Sinne des § 268 Abs. 8 HGB bestehen i. H. v. 1.377 TEUR (Vorjahr: keine). Diese resultieren ausschließlich aus der Bewertung von

als Deckungsvermögen zu klassifizierenden Fondsanteilen zum beizulegenden Zeitwert. Diesen steht die freie Kapitalrücklage von 37.000 TEUR gegenüber.

Der nach den Vorschriften des BilMoG zum 1. Januar 2010 ermittelte gesamte Zuführungsbetrag i. H. v. 58.319 TEUR zur Pensionsrückstellung wird gemäß Art. 67 Abs. 1 S. 1 EGHGB über einen Zeitraum von fünfzehn Jahren verteilt. Der zum Bilanzstichtag noch nicht zugeführte Differenzbetrag beläuft sich auf 2.846 TEUR (Vorjahr: 5.692 TEUR).

Die sonstigen Rückstellungen enthalten alle dem Grunde nach bekannten Verpflichtungen in ihrer voraussichtlichen Höhe. Sie berücksichtigen im Wesentlichen Verpflichtungen aus Zusatzvergütungen (9.574 TEUR), Arbeitnehmerjubiläen (5.531 TEUR) und Urlaub (3.323 TEUR).

In den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr i. H. v. 11.166 TEUR (Vorjahr: 12.247 TEUR) enthalten.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen i. H. v. 179.614 TEUR haben wie im Vorjahr eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr und bestehen i. H. v. 97.770 TEUR (Vorjahr: 69.767 TEUR) aus Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter i. H. v. 81.844 TEUR (Vorjahr: 158.659 TEUR). Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter bestehen i. H. v. 72.896 TEUR aus Verbindlichkeiten aus Ergebnisabführung (Vorjahr: 146.052 TEUR), und i. H. v. 8.948 TEUR (Vorjahr: 12.607 TEUR) aus sonstigen Verbindlichkeiten.

Die sonstigen Verbindlichkeiten enthalten Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr i. H. v. 30.714 TEUR (Vorjahr: 38.657 TEUR). In den sonstigen Verbindlichkeiten sind Verbindlichkeiten aus Steuern in Höhe von 2.593 TEUR (Vorjahr: 3.497 TEUR) enthalten.

Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr bestehen analog zum Vorjahr nicht.

Sämtliche Verbindlichkeiten sind ungesichert.

Gewinn- und Verlustrechnung

Die RDD erzielte im Geschäftsjahr Umsatzerlöse von 817.945 TEUR (Vorjahr: 1.159.154 TEUR). Dabei entfielen 90 % auf das In- und 10 % auf das Ausland. Die Umsatzerlöse werden im Wesentlichen im Geschäftsbereich Roche Diagnostics Solutions erwirtschaftet.

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten im Berichtsjahr Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen i. H. v. 1.071 TEUR (Vorjahr: 3.275 TEUR). Zudem sind Erträge aus der Währungsumrechnung i. H. v. 936 TEUR (Vorjahr: 985 TEUR) sowie Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen i. H. v. 768 TEUR (Vorjahr: 229 TEUR) enthalten. Des Weiteren sind im Berichtsjahr Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens i. H. v. 12 TEUR (Vorjahr: 13 TEUR) enthalten.

Der Personalaufwand enthält 4.615 TEUR (Vorjahr: 28.068 TEUR) Aufwendungen für Altersversorgung.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten im Berichtsjahr Aufwendungen aus der Währungsumrechnung i. H. v. 632 TEUR (Vorjahr: 790 TEUR) sowie Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens i. H. v. 217 TEUR (Vorjahr: 93 TEUR). Des Weiteren ist der diesjährige Zuführungsbetrag zur Pensionsrückstellung aus der BilMoG-Umstellung zum 1. Januar 2010 in Höhe von 2.846 TEUR (Vorjahr: 2.846 TEUR) erfasst.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten im Berichtsjahr Sofortaufwand für Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis 250 EUR in Höhe von 147 TEUR. Diese wurden im Vorjahr in den Abschreibungen erfasst (590 TEUR).

Die Zinsaufwendungen beinhalten Aufwendungen an verbundene Unternehmen in Höhe von 551 TEUR (Vorjahr: 93 TEUR) sowie 4.738 TEUR (Vorjahr: 4.989 TEUR) Zinsaufwendungen aus Pensionen. Der Gewinn der Roche Diagnostics Deutschland GmbH beträgt 72.896 TEUR (Vorjahr: 146.052 TEUR) und wurde aufgrund des bestehenden Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrages an die Roche Deutschland Holding GmbH abgeführt.

Sonstige Angaben

Die Haftungsverpflichtungen aus offenen Bürgschaften betragen am Bilanzstichtag 4.193 TEUR. Die Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme wird als gering eingeschätzt, da in der Vergangenheit keine Inanspruchnahme erfolgte. Durch regelmäßige Überwachung der Haftungsverhältnisse wird das Risiko gesteuert.

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen betragen am Bilanzstichtag 761 TEUR und resultieren aus dem Bestellobligo für Investitionen und anderen Verpflichtungen (davon innerhalb des nächsten Geschäftsjahres fällig: 761 TEUR). Die Miet- und Leasingverpflichtungen betragen 15.847 TEUR (davon gegenüber verbundenen Unternehmen 9.292 TEUR; davon innerhalb des nächsten Geschäftsjahres fällig: 7.456 TEUR).

Die Anzahl der Beschäftigten betrug im Jahresdurchschnitt (ohne Auszubildende und ohne Mitglieder der Geschäftsführung) 944 (500 tarifliche und 444 außertarifliche Angestellte).

Das Gesamthonorar des Abschlussprüfers für Abschlussprüfungsleistungen gem. § 285 Nr. 17 HGB beträgt im Berichtsjahr 271 TEUR.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates beliefen sich auf 11 TEUR. Auf die Angabe der Gesamtbezüge der Geschäftsführung sowie der früheren Mitglieder der Geschäftsführung wurde gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind nach Abschluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2023

Anschaffungskosten					
	01.01.2023	Zugänge	Abgänge	Um- buchungen	31.12.2023
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.014	192	0	0	1.206
	1.014	192	0	0	1.205
II. Sachanlagen					
1. Technische Anlagen und Maschinen	1.931	47	0	1	1.979
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	535.025	71.609	42.238	1.638	566.034
3. Geleistete Anzahlungen	778	915	0	-1.639	54
	537.734	72.571	42.238	0	568.067
	538.748	72.763	42.238	0	569.273

Kumulierte Abschreibungen				Buchwerte		
01.01.2023	Abschreibungen des Ge- schäftsjahres	Abgänge	Um- buchungen	31.12.2023	31.12.2023	31.12.2022
TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
936	97	0	0	1.033	173	78
936	97	0	0	1.033	173	78
1.319	135	0	0	1.454	525	612
375.535	63.797	29.776	0	409.556	156.478	159.490
0	0	0	0	0	54	778
376.854	63.932	29.776	0	411.010	157.057	160.880
377.790	64.029	29.776	0	412.043	157.230	160.958

Mitglieder der Geschäftsführung:

Christian Paetzke	Geschäftsführer (bis 30.4.2023)
Daniela Kahlert	Geschäftsführerin (ab 1.5.2023)

Mitglieder des Aufsichtsrats:

Dr. Thomas Schinecker (Vorsitzender des Aufsichtsrats)	CEO F. Hoffmann-La Roche AG, Basel	Anteilseignervertreter
Dr. Dr. Ildikó Amann-Zalán (stv. Vorsitzende des Aufsichtsrats)	LCL Immunoassay, ClinChem, Coagulation and Urine Analysis Roche Diagnostics Solution	Anteilseignervertreter
Silke Blasius	Senior Application Specialist, Roche Diagnostics Deutschland GmbH	Arbeitnehmervertreterin

Die Geschäftsführung der Roche Diagnostics Deutschland GmbH unterzeichnet den vorstehenden Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 wie folgt:

Mannheim, den 26. Februar 2024

Roche Diagnostics Deutschland GmbH
Geschäftsführung

Daniela Kahlert

Lagebericht

1 Geschäfts- und Rahmenbedingungen

1.1 Allgemeine Hinweise zum Lagebericht

Bei der Erstellung des Lageberichts trifft das Management Einschätzungen und Annahmen. Diese beruhen auf Erkenntnissen der Vergangenheit und verschiedenen sonstigen Faktoren, die unter den gegebenen Umständen als zutreffend erachtet werden und deren Bewertung nicht direkt aufgrund anderer Quellen gegeben ist. Die tatsächliche Entwicklung kann von diesen Einschätzungen abweichen.

Die Einschätzungen und Annahmen werden laufend überprüft. Änderungen der Einschätzungen sind dann notwendig, wenn sich die Gegebenheiten, auf denen die Einschätzungen basieren, geändert haben oder neue Informationen und zusätzliche Erkenntnisse vorliegen. Solche Änderungen werden in der Berichtsperiode berücksichtigt, in der die Änderungen erfolgt sind.

1.2 Gesellschaftliche Rahmenbedingungen

Die Roche Diagnostics Deutschland GmbH (RDD) hat ihren Sitz in Mannheim und ist eine einhundertprozentige Tochtergesellschaft der Roche Deutschland Holding GmbH, Grenzach-Wyhlen (RDH). Die Anteile an der RDH werden zu 100 % von der Roche Finanz AG, Basel, Schweiz gehalten.

Die RDD ist die Vertriebsgesellschaft für Diagnostika-Produkte von Roche in Deutschland und für das Export-Geschäft mit dem Schwerpunkt biotechnologischer Einsatzstoffe (Custom Biotech) nach Europa, Mittlerer Osten, Afrika und Lateinamerika zuständig.

Die Division Diagnostics gliedert sich in die Business Areas Roche Diagnostics Solutions (RDS) und Roche Information Solutions (RIS).

1.3 Geschäft, Rahmenbedingungen und Geschäftsverlauf

Der Markt für Diagnostika in Deutschland war im Jahr 2023 weniger durch die COVID-19-Pandemie beeinflusst. Die Umsätze für das breite diagnostische Portfolio der SARS-CoV-2-Testungen waren hierbei stärker als erwartet rückläufig und hatten im Vergleich zum Vorjahr einen deutlich geringeren Anteil an den Verkaufserlösen der RDD. Durch eine stabil wachsende Nachfrage in der Routinediagnostik konnten die Marktanteile in Deutschland leicht gesteigert werden.

Insgesamt erzielte die RDD im Geschäftsjahr 2023 einen Drittumsatz in Höhe von 795.874 TEUR (Vorjahr: 1.137.383 TEUR). Davon entfielen 716.479 TEUR (Vorjahr: 1.060.638 TEUR) auf das Inlandsgeschäft und 79.395 TEUR (Vorjahr: 76.745 TEUR) auf das Export-Geschäft. Der erwartete Umsatzrückgang lässt sich sowohl im Inland als auch im Export-Geschäft durch den geringen Absatz von SARS-CoV-2-Tests erklären. Im Routinegeschäft, d.h. exklusive der SARS-CoV-2-Diagnostika, konnte die RDD die Umsätze im Geschäftsjahr 2023 erneut steigern.

1.4 Personalberichterstattung

Zum Ende des Berichtsjahres 2023 lag die Gesamtanzahl der Mitarbeitenden bei 991 und ist zum Vorjahr um 2 % gestiegen.

Die Zahl der Gesamt-Mitarbeitenden enthält neben aktiven Mitarbeitenden auch Praktikanten, Freigestellte und Mitarbeitende, die sich in der passiven Altersteilzeit befinden.

Die Zahl der Vollzeitkapazitäten – ein nichtfinanzieller Leistungsindikator – lag zum Ende des Berichtsjahres bei 833 und damit entsprechend der Prognose um 2 % höher als im Vorjahr.

Mitarbeitende und Vollzeitkapazitäten	per	per	Veränderung	
	31.12.2023	31.12.2022	Absolut	in %
Unbefristet	934	921	13	1
Befristet	57	53	4	8
Gesamt Mitarbeitende	991	974	17	2
Vollzeitkapazitäten	833	817	16	2

Wie in den Jahren zuvor engagierte sich die RDD vielfältig für die berufliche Entwicklung der Mitarbeitenden. Im Berichtsjahr 2023 entstanden Fort- und Weiterbildungskosten in Höhe von 1.506 TEUR.

1.5 Erklärung zur Unternehmensführung

Gemäß der Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289 f Abs. 4 HGB wurde im Jahr 2022 sowohl die Zielgröße i. H. v. 25 % Frauenanteil in der ersten und zweiten Managementebene

als auch die Zielgröße für den Frauenanteil im Aufsichtsrat von 30 % und in der Geschäftsführung von 0 % festgelegt. Die Zielgröße in der Geschäftsführung wurde im Berichtsjahr bei einer Geschäftsführungsposition erreicht. In der ersten Managementebene wurde die Zielgröße nicht erreicht. Jedoch wurden die Zielgrößen in der zweiten Managementebene und im Aufsichtsrat erreicht. Diese Angaben werden von KPMG nicht geprüft.

2 Ertragslage, Finanz- und Vermögenslage des Unternehmens

2.1 Ertragslage

Ergebnisrechnung für 2023 in TEUR	2023	2022	Veränderung	
			absolut	in %
Umsatzerlöse	817.945	1.159.154	-341.208	-29
Sonstige betriebliche Erträge	4.843	6.561	-1.718	-26
Materialaufwand	-489.205	-731.868	242.663	-33
Personalaufwand	-121.084	-144.429	23.344	-16
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	-64.029	-64.012	-17	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-76.909	-74.672	-2.236	3
Finanzertrag	7.129	1.003	6.127	611
Finanzaufwand	-5.177	-5.081	-95	2
Ergebnis nach Steuern	73.513	146.655	-73.141	-50
Sonstige Steuern	-617	-603	-14	2
Auf Grund eines Ergebnisabführungsvertrages abgeführte Gewinne	-72.896	-146.052	73.156	-50
Jahresergebnis	0	0	0	0

Das Ergebnis nach Steuern des abgelaufenen Geschäftsjahres 2023 beträgt 73.513 TEUR.

Insgesamt realisierte die RDD im Berichtsjahr einen Umsatz – als finanzieller Leistungsindikator – von 817.945 TEUR. Dies entspricht einer Verringerung von 29 % gegenüber dem Vorjahr. Der Rückgang der Verkäufe war zu erwarten und ist im Wesentlichen auf einen geringeren Absatz im SARS-CoV-2-Produktportfolio zurückzuführen. Dieser verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um 91 %. Im Routinegeschäft konnte die RDD ihre Umsätze im Berichtsjahr mit einem Plus von 2 % erneut steigern.

Mit Konzerngesellschaften wurden 22.071 TEUR (Vorjahr: 21.771 TEUR) Umsatzerlöse generiert.

Die sonstigen betrieblichen Erträge verringerten sich um 1.718 TEUR gegenüber dem Vorjahr. Dies resultiert im Wesentlichen aus geringeren Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen.

Der Materialaufwand beinhaltet die von der Roche Diagnostics GmbH bezogenen Waren, welche weiter veräußert werden. Der Materialaufwand ist gegenüber dem Vorjahr um 33 %

gesunken und erklärt sich im Wesentlichen durch den Umsatzrückgang bei den SARS-Cov-2-Tests, sowie geringeren Einstandspreisen.

Der Personalaufwand verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um 16 %. Dies resultiert im Wesentlichen aus geringeren Aufwendungen für Altersversorgung, bedingt durch die Zinsentwicklung.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen befinden sich auf Vorjahresniveau.

Das Finanzergebnis beinhaltet im Wesentlichen Zinserträge aus Cashpool i. H. v. 7.127 TEUR sowie Zinsaufwendungen i. H. v. 4.738 TEUR aus der Verzinsung der Pensionsrückstellungen.

2.2 Finanzlage

2.2.1 Ziele des Finanzmanagements

Die Nettoliquidität der RDD wird durch eine Cashpool-Vereinbarung zwischen der RDD und der RDH gesteuert. Die Nettoliquidität der RDD setzt sich aus dem Kassenbestand der RDD und Forderungen gegen die RDH aus Cashpool zusammen.

Finanz- und Währungsrisiken werden durch die Treasury-Aktivitäten der Obergesellschaft im Konzern abgedeckt. Darüber hinaus besteht ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag.

2.2.2 Kapitalausstattung

Das Eigenkapital hat sich im Berichtsjahr nicht verändert.

Eigenkapitalentwicklung 2023 in TEUR	31.12.23	31.12.22
Gezeichnetes Kapital	1.000	1.000
Kapitalrücklage	37.000	37.000
Eigenkapital	38.000	38.000

2.2.3 Liquiditätsanalyse

Der Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit liegt bei 167.006 TEUR (Vorjahr: 189.689 TE) und ist i. W. auf stichtagsbedingte geringere Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern zurückzuführen. Der Mittelabfluss aus Investitionstätigkeit liegt bei 60.507 TEUR (Vorjahr: 66.784 TEUR) und der Mittelabfluss aus Finanzierungstätigkeit bei 146.052 TEUR (Vorjahr: 16.821 TEUR). Die Nettoliquidität beträgt 280.266 TEUR (Finanzmittelbestand) und hat sich um 39.553 TEUR zum Vorjahreswert verringert.

2.3 Vermögenslage

2.3.1 Aktiva

Im Berichtsjahr 2023 wurden Investitionen in Sachanlagen i. H. v. 72.571 TEUR getätigt. Die Finanzierung der Investitionstätigkeit erfolgte aus Konzernmitteln.

Schwerpunkte der Investitionstätigkeit lagen dabei auf bei Kunden platzierten Laborgeräten (69.980 TEUR).

Die Abschreibungen auf materielle Anlagegüter beliefen sich im abgelaufenen Geschäftsjahr auf 63.932 TEUR. Die Investitionsquote der Sachanlagen - (Zugänge zu Anschaffungs- und Herstellkosten in Sachanlagen x 100)/Restbuchwert - lag am Ende des Geschäftsjahres bei 46 % (Vorjahr: 53 %).

Das immaterielle Anlagevermögen besteht aus Software mit einem Restbuchwert von 173 TEUR.

Das Umlaufvermögen sank im Vergleich zum Vorjahr um 50.506 TEUR. Dies resultiert vor allem aus geringeren Forderungen gegen den Gesellschafter aus Cashpool.

2.3.2 Passiva

Die Bilanzsumme sank um 55.204 TEUR auf 548.971 TEUR. Die Verbindlichkeiten reduzierten sich insgesamt um 57.836 TEUR, i. W. bedingt durch geringere Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter zum Bilanzstichtag. Die Rückstellungen erhöhten sich um 2.600 TEUR. Dabei stiegen die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen um 3.830 TEUR, während die sonstigen Rückstellungen um 1.230 TEUR, im Wesentlichen durch Verbräuche, gesunken sind.

2.4 Gesamtsituation des Unternehmens

Die RDD verzeichnete beim Umsatz einen Rückgang von 29 %, der sich im Wesentlichen auf die verringerte Nachfrage des Produktportfolios im Rahmen der COVID-19-Pandemie bezieht. Dennoch konnten durch eine stabil wachsende Nachfrage in der Routinediagnostik die Marktanteile in Deutschland weiter gesteigert werden. Hauptumsatzträger war die Business Area RDS.

Das Ergebnis nach Steuern beträgt 73.513 TEUR. Die Nettoliquidität des Geschäftsjahres beläuft sich auf 280.266 TEUR, die Finanzlage wird aufgrund der bestehenden Cashpool-Vereinbarung als unkritisch eingestuft. Die Geschäftsführung beurteilt die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage als zufriedenstellend.

3 Chancen und Risiken der Geschäftstätigkeit

Die RDD als Tochterunternehmen des Roche-Konzerns ist im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit unterschiedlichen Risiken ausgesetzt. Das Unternehmen verfügt durch die bestehende Organisation über ein wirksames System zur Früherkennung, Kommunikation und Behandlung von Risiken. Ziel ist es, die im Rahmen der geschäftlichen Aktivitäten entstehenden potenziellen Risiken frühzeitig zu identifizieren, zu bewerten, ihre Folgen abzuschätzen und geeignete Vorsorge- und Sicherungsmaßnahmen einzuleiten. Die gemäß dem jeweiligen Risikoprofil anzuwendenden unterschiedlichen Verfahren und Instrumente werden im Einklang mit den gesetzlichen Erfordernissen stetig weiterentwickelt, ergänzt und optimiert.

Bei der Überwachung und Kontrolle der wirtschaftlichen Risiken des laufenden Geschäfts kommt dem Berichtswesen eine besondere Bedeutung zu. Es muss sichergestellt sein, dass die erhobenen Daten und bereitgestellten Informationen in Einklang mit den konzernweit gültigen Richtlinien stehen, um den Entscheidungsträgern der RDD eine einheitliche Sichtweise zur Verfügung stellen zu können.

Die Anforderungen des Schweizer Obligationsrechts, der Corporate Governance Richtlinie der Swiss Exchange (SWX) sowie der 8. EU-Richtlinie werden konzernweit durch „Internal Controls over Financial Reporting“ (ICFR) erfüllt. ICFR erhöht die Glaubwürdigkeit der Finanzberichterstattung und erhöht gleichzeitig die Effektivität und Effizienz der Rechnungslegung.

Die Eingliederung des Risikomanagements in die betrieblichen Abläufe stellt einen wesentlichen Aspekt bei der Risikominimierung dar. Grundlagen des Risikomanagements bilden die Managementstrukturen, die Planungs- und detaillierten Berichts- und Informationssysteme. Neben der Aufbereitung der Daten für die externe Berichterstattung werden regelmäßig interne Berichte erstellt, welche die Geschäftsführung und verschiedene Managementebenen frühzeitig und umfassend über mögliche Risiken informieren.

Risiken, die durch Gesetze und Regelungen, z.B. im Bereich Wettbewerbsrecht, entstehen, werden durch interne Experten sowie externe Berater im Zuge des Entscheidungsprozesses auf ihre Relevanz hin untersucht und entsprechende Sicherungsmaßnahmen eingeleitet.

Finanz- und Währungsrisiken werden durch die Treasury-Aktivitäten der Obergesellschaft im Konzern abgedeckt. Darüber hinaus besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

Die Bewertung bestehender Einzelrisiken erfolgt als Nettodarstellung aus Kombination der Eintrittswahrscheinlichkeit und der geschätzten finanziellen Auswirkung der Einzelrisiken. Diese werden dann entsprechend den Risikostrukturen und Risikogrößen individuell behandelt. Die 2023 durchgeführte Analyse führte zur Feststellung, dass sehr geringe Risiken identifiziert wurden. Nach unserer Überzeugung weisen diese Risiken in Anbetracht ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und ihrer Auswirkungen weder einzeln noch in ihrer Gesamtheit bestandsgefährdenden Charakter auf.

Generell bereitet sich die RDD durch kontinuierliche Marktbeobachtung und vorausschauendes Handeln auf mögliche Risiken eines geänderten Marktumfeldes oder neue Wettbewerbsprodukte vor.

Die starke Marktpositionierung und die langfristige Bindung wichtiger Kunden bieten Chancen durch den weiteren Ausbau der bestehenden Partnerschaften. Hier kann die RDD durch Innovationsfähigkeit mit neuen Produkten, Labor- und Informationslösungen sowie Beratungs- und Serviceleistungen entscheidende Wettbewerbsvorteile aufweisen. Geringe Risiken zeigen sich in einer partiell zu erwartenden Preisdämpfung – geprägt vom Bestreben des Gesetzgebers und der Kostenträger, Einsparungen im Gesundheitswesen durch Anpassungen in Vergütungssystemen herbeizuführen.

4 Prognosebericht

Für das Jahr 2024 geht die RDD weiter von einem dynamischen Marktumfeld in Deutschland aus. Die in 2023 stark rückläufige SARS-CoV-2-Diagnostik spielt eine untergeordnete Rolle und gliedert sich vermehrt in das Routinegeschäft ein. Die Routinediagnostik wird sich durch die erwartete Entwicklung des In-vitro-Diagnostik-Marktes in Deutschland und der hervorragenden Positionierung der RDD weiter positiv entwickeln und zusätzlich, im niedrigen bis mittleren einstelligen Prozentbereich, wachsen.

Das Exportgeschäft wird weitestgehend stabil gegenüber dem Berichtsjahr 2023 erwartet.

Gesamtheitlich kann mit einem leichten Umsatzwachstum in 2024 gerechnet werden, der im niedrigen einstelligen Prozentbereich für die RDD erwartet wird.

Für den Personalbestand (Vollzeitkapazitäten) wird ein leichter Anstieg erwartet.

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Roche Diagnostics Deutschland GmbH, Mannheim

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Roche Diagnostics Deutschland GmbH, Mannheim, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Roche Diagnostics Deutschland GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 geprüft.

Die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote), die in Abschnitt 1.5 des Lageberichts enthalten ist, haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2023 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anfor-

derungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die folgenden nicht inhaltlich geprüften Bestandteile des Lageberichts:

- die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote), die in Abschnitt 1.5 des Lageberichts enthalten ist.

Die sonstigen Informationen umfassen zudem die übrigen Teile des Geschäftsberichts. Die sonstigen Informationen umfassen nicht den Jahresabschluss, die inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben sowie unseren dazugehörigen Bestätigungsvermerk.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutref-

fernd darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Mannheim, den 1. März 2024

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Beyer
Wirtschaftsprüfer

Woche
Wirtschaftsprüfer